

«Es wäre wohl eher Selbstkritik angebracht»

Der kompetente Aufstieg der Jungpolitikerin Franziska Steiner-Kaufmann ist heuer umso bemerkenswerter, da sie die neue St.Galler Mitte-Präsidentin ist. Was will die 30-Jährige ändern? Und was sagt sie zum Vorwurf, dass ihre Partei die Energiewende verschlafen hat?

mit Franziska Steiner-Kaufmann sprach Fabio Wyss

Ende Jahr ist es im Leben von Franziska Steiner-Kaufmann noch etwas stressiger als sonst. Nach der Novembersonne im Kantonsrat gilt es als Schulleiterin, das Halbjahr in Urnach abzuschliessen. Und im Familienbetrieb in Gommiswald werden Christbäume verkauft. Darüber hinaus ist die St.Galler Mitte-Präsidentin in Erwartung ihres zweiten Kindes. Trotz allem findet Steiner Zeit für die Fragen der «Linthzeitung».

Franziska Steiner-Kaufmann, Sie haben Ihr erstes Quartal als Präsidentin der St.Galler Mitte hinter sich. Ist es so ein Knochenjob, wie man vielerorts hört?
FRANZISKA STEINER: Nein. Knochenjob wäre für mich zu negativ konnotiert. Das Amt gibt mir sehr vieles zurück. Darum ziehe ich aus der Belastung auch Energie. Aber klar: Die zeitliche Präsenz ist hoch. Es gibt viel zu lesen, schreiben oder sagen. Darauf habe ich mich im Voraus so gut wie möglich eingestellt und mich entsprechend organisiert.

Nun steht bereits Ihr erstes nationales Wahljahr an. Mit welchen Zielen?
Von der Partei her ist ganz klar, dass wir den dritten Nationalrats-

«Die Polarisierung bei Links und Rechts hat zu einem Verdruss in der Bevölkerung geführt.»

sitz wieder zurückgewinnen wollen. Diesen Sitz haben wir 2019 so knapp verloren, dass er nun zum Greifen nah ist.

Was stimmt Sie so zuversichtlich?
Wir haben als Partei einen neuen Namen und neue Gesichter. Das spielt uns in die Hände. Meiner Meinung nach hat zudem in der letzten Legislatur die Polarisierung bei Links und Rechts zu einem Verdruss in der Bevölkerung geführt. Eine starke Mitte-Partei kann davon sicherlich profitieren.

Reisst man Ihnen gleich wieder den Kopf ab, wenn das mit dem dritten Sitz misslingt?
(Lacht.) Dann hätte die Mitte keine Präsidentin mehr.

Also bekommen Sie etwas Gnadenfrist?
Die Partei hat den Rücktritt von Patrick (Dür, der Vorgänger als Mitte-Präsident; Anm. d. Red.) auf die Mitte der Legislatur geplant. Dadurch wurde der Wahlstab schon gebildet, bevor ich anfang. Jetzt versuchen wir, die Wähleranteile zu halten und wenn möglich auszubauen. Sollte das nicht klap-

pen, witzeln wir in der Partei jeweils: Wenn man gewinnt, liegt es am Wahlstabeiter, wenn man verliert, an der Präsidentin. Mit diesem Augenzwinkern muss man das Ganze etwas nehmen.

Entscheidend für das Wahljahr ist die politische Grosswetterlage. Was werden die wahlkampfprägenden Themen?

Grundsätzlich wenden solche Prognosen je länger je unübersehbarer. Zack, und eine Pandemie ist da. Zack, und es herrscht Krieg in Europa. Aber Stand jetzt wenden die Energiethemata und die Gesundheitskosten ein Thema. Auf den Klimawandel braucht es weiterhin Antworten. Ebenso auf die wegen der Inflation gesunkene Kaufkraft. Auch Migrationsthemen werden zentral sein.

Apropos Energie: Sie bezeichnen mal Doris Leuthard als Ihr politisches Vorbild. Sie wurde zuletzt wegen der Energiestrategie 2050 hart angegangen. Zurecht?

Nein. Erstens benötigte es für die Strategie eine Mehrheit im Bundesrat. Zweitens hat niemand vorhersehen können, was zuletzt im Bereich der Energie passiert ist. Drittens ist die Energiestrategie erst in Umsetzung und noch lange nicht fertig. Jene, die jetzt sagen, dass die Strategie versagt habe, müssen aufzeigen, was denn schon verwirklicht wurde. Zumal jene Kräfte, die nun kritisieren, bisher bei den erneuerbaren Energien nicht gerade vorangegangen sind. Darum wäre wohl eher Selbstkritik angebracht.

Gezögert hat aber auch der St.Galler Kantonsrat. Mithilfe der Mitte-Partei.
Wie ist das gemeint?

Schon vor der Verschärfung auf dem Energiemarkt sind Anliegen von linken Parteien an der bürgerlichen Allianz gescheitert. So etwa Solaroffensiven. Oder auch Klimathemen im Baugesetz der Regierung.

Ihre Kantonalpartei zeigt sich oft konservativer als die nationale. Weshalb?
(Überlegt.) Aufgrund der Tatsache, dass sich die beiden Staatsebenen Bund und Kanton auf anderen «Flughöhen» bei der Aufgabenerfüllung bewegen, könnte dieser Eindruck entstehen. Die Nähe zur Volksmeinung bringt es mit sich, dass kantonal andere Ansichten vorherrschen können. Diese Haltungen fliessen in die Arbeit der Kantonsratsfraktion ein.

Also teilen Sie den Eindruck?
Die St.Galler Mitte ist weiterhin stark auf dem Land verankert. Daneben ist es zentral, gezielt junge Wählerschichten zu erreichen. Die starke Verjüngung der nationalen Partei durch den Namenswechsel geschieht vor Ort mit etwas Verzögerung. Sie passiert aber auch und ist schon stark spürbar beispielsweise durch personelle Wechsel in der Fraktion, wodurch neue Haltungen eingebracht werden.

Inwiefern?
Es gibt sicher gesellschaftspolitische Themen, bei denen sich auch

«Zugespitzt gesagt kann wegen jedes Vögelchens ein Windpark verhindert werden.»

Nämlich?
Das Verbandsbeschwerderecht. Oft liegen innovative Ideen für Energieprojekte vor. Sie kommen aber nicht zustande, weil Beschwerden von Naturverbänden diese ausbremsen.

Die Mitte-Fraktion reichte darum mit der FDP und SVP ein Ständesbegehren ein. Mit diesem wird das Verbandsbeschwerderecht quasi abgeschafft.

Die genaue Ausarbeitung muss noch angeschaut werden. Aber momentan stimmt für mich das Gleichgewicht nicht. Zugespitzt gesagt kann wegen jedes Vögelchens ein Windpark verhindert werden. Obschon eine Katze oder eine Autobahn die viel grössere Gefahr bedeuten. Mit der jetzigen Gesetzeslage sorgt das Verbandsbeschwerderecht für Verhinderungspolitik. Natürlich muss aber auch die Bevölkerung offener gegenüber solchen Projekten vor der eigenen Haustüre werden – an geeigneten Orten.

Umweltverbände wehren sich gegen diese Darstellung und sagen, dass sie nur intervenieren, wenn Projekte nicht gesetzeskonform sind.

Aber von irgendwoher kommt das Bild. Ich sehe das bei der Verbindungsstrasse A15-Gaster. Es gibt so viele aufwertende Massnahmen für das Kaltrunner Riet. Diese werden aber nicht gleich gewichtet wie die Einschränkungen. In der Energiepolitik braucht es darum ganzheitliche Betrachtungsweisen – denn die Zeit drängt.



Ihr gefällt der Politbetrieb in St. Gallen: Franziska Steiner-Kaufmann, die neue Mitte-Präsidentin, an der Novembersonne des Kantonsrates.

Foto Benjamin Mauer

Zur Person

Die 30-jährige Franziska Steiner-Kaufmann aus Gommiswald hat einen politischen Aufstieg hinter sich, wie er selten ist. Erst vor knapp drei Jahren ist die Gommiswaldnerin als unbekanntes Blatt in den St. Galler Kantonsrat gewählt worden. Dort wurde ihr allererster Vorstoss zum Thema Holzheizkraftwerke gleich zu einem Ständesbegehren umgewandelt und angenommen. Für dieses Anliegen machte sich die Jungpolitikerin letzten Sommer im Ständerat stark. Wenig später wurde die Uzm Schulleiterin als erst zweite Frau St. Galler Mitte-Präsidentin Steiner verheiratet, Mutter einer einjährigen Tochter und erwartet Anfang des nächsten Jahres ihr zweites Kind. (wyf)



die Mitte St.Gallen zurzeit im Wandel befindet.

Zum Beispiel?
Die Nachträge zum Volksschulgesetz: Bei denen hat sich die Mitte klar für den Ausbau des Betreuungsangebotes und die bezahlte Stillzeit ausgesprochen. Das manifestiert, dass unsere Partei die gesellschaftspolitischen Entwicklungen ernst nimmt, Offenheit signalisiert und darauf adäquat reagiert.

Geschieht diese Öffnung unter Ihrer Ägide?
Ich werde solche Bewegungen sicher nicht aufhalten (schmunzelt).

Und was soll sich Ihrer Meinung nach bei der Partei ändern?
Wir machen sehr überzeugende Arbeit, die den Kanton weiterbringt. Die Scharnierfunktion zwischen Links und Rechts füllen wir gut aus. Das ist meine tiefe Überzeugung. Aber: Wir haben ein Riesensymbol, unsere Politik zu verkaufen. Wir können nicht einfach auf die Polparteien warten und Kompromisse vorschlagen. Wir müssen unseren eigenen Weg selbstbewusst gehen. Schwierig ist das, weil unsere Lösungen oft etwas komplizierter zu erklären sind als die Extremforderungen der Polparteien, die sich medial gut verkaufen lassen.

Wenn Sie die Medien erwähnen: Das Mediengesetz ist dieses Jahr gescheitert. Doch die finanzielle Herausforderung für regionale Medien bleibt.
Das Thema ist wieder etwas verschwunden. Mir ist aufgefallen, dass das «St.Galler Tagblatt» seinen Liveticker zu den Kantonsratssessionen

«Den Politikern, die ihre Karriere steuern wollen, merkt man das an. Authentizität geht dabei verloren.»

eingestellt hat. Ein paar Kantonsräte bedauerten diesen Abbau, mich inklusive. So etwas wäre mit dem Mediengesetz wohl eher weiterhin möglich gewesen. Das Abstimmungsresultat muss man aber akzeptieren. Offensichtlich war «das Fuder» beim Mediengesetz überladen.

Und wie soll es mit der Medienförderung jetzt weitergehen?
Ich stelle fest, dass meine Generation vor allem nationale Medien konsumiert, aber kaum kommunale oder kantonale. Wenn ich aber zum Beispiel ein Interview wie dieses in den sozialen Netzwerken teile, erhalte ich ein riesiges Echo. Die Leute lesen gerne regionale Themen, aber sind immer weniger bereit dafür, eine Zeitung zu abonnieren. Die kleineren Medien brauchen aber Ressourcen, um die Transformation auf digitale Kanäle zu schaffen. Das muss ein Ziel eines neuen Mediengesetzes sein.

Der bald dafür zuständige Bundesrat Albert Rösti ist aber nicht gerade bekannt als Medienförderer. Braucht es eine kantonale Lösung, um die Medienkonzentration in der Ostschweiz aufzuhalten?
Nein. Zeitungen sind in immer grösseren Verbänden organisiert. Und nicht kantonal.

Damit wieder weg von der Kantonalpolitik: Als Auftakt für das Wahljahr 2023 steht im März die Ersatzwahl des St.Galler Ständesrats Paul Rechsteiner an. Die Mitte ist mit Beni Würth bereits im Ständerat vertreten. Sie können folglich entspannt dieser Wahl entgegenblicken. Wen wählen Sie?
Ungelogen: Ich weiss es noch nicht. Und würde ich es wissen, würde ich es nicht verraten.

Können Sie wenigstens eine der Kandidatinnen ausschliessen?
Nein, das mache ich nicht.

Im Herbst folgen dann die Nationalratswahlen. Bei Ihrer Partei ist es Tradition, dass die Präsidentin oder der Präsident dafür kandidiert. So auch Sie?
Insofern mach die Delegierten nominieren ja (schmunzelt).

Mit welchen Ambitionen steigen Sie ins Nationalratsrennen?
Ich werde einen engagierten Wahlkampf führen, um als Parteipräsidentin ein Vorbild zu sein für die anderen Kandidierenden. Alles andere muss man nehmen, wie es kommt. Und mit verschiedenen Optionen rechnen. Ich wurde vor drei Jahren überrascht, als ich in den Kantonsrat gewählt wurde. Trotzdem habe ich mich darauf vorbereitet. Das ist auch jetzt so, wobei ein Nationalratswahl beim ersten Versuch noch eine Spur überraschender wäre. Für mich ist zentral, dass die politische Tätigkeit mit meiner Familie vereinbar bleibt.

Reizt Sie denn Bundesbern?
Ich kann mir gut vorstellen, beispielsweise um die drei Legislaturen Kanto-

nalpolitik zu machen – sofern das der Wählerwille ist – und das wars dann. Die Politik im Kantonsrat bereitet mir sehr viel Freude. Sehr schnell kann der persönliche Einflussbereich recht gross werden. Das stelle ich mir in der nationalen Politik anders vor. Doch natürlich hat Bern seinen Reiz. Generell gilt für eine Politikkarriere aber: Mach keine Pläne! Den Politikern, die ihre Karriere steuern wollen, merkt man das an. Die Authentizität geht dabei verloren.

Wissen Sie aber, wie lange Sie denken, Parteipräsidentin zu bleiben?
Vier Jahre sind aus heutiger Perspektive sicher das Minimum. Acht womöglich das Optimum. Wobei am wichtigsten für mich ist, dass das Amt weiterhin Freude macht und ich die zeitlichen Ressourcen freimachen kann. Auch hier gilt, dass es wenig Sinn macht, jetzt schon konkrete Pläne zu machen.

Was macht nach den ersten Monaten im Amt am meisten Freude?
Ich durfte enorm viele Leute aus der Basis kennenlernen. An Orten, an denen ich es überhaupt nicht erwarten würde, werde ich teils von Parteimitgliedern auf mein Amt angesprochen. Diesen Austausch schätze ich am meisten. Nicht zu vergessen sind zudem gewisse Möglichkeiten, an bestimmten Veranstaltungen teilnehmen zu können, so war etwa die Olma-Eröffnung ein Highlight. Und für mich persönlich hat sich in diesen drei Monaten auch bewahrt, was ich mir von diesem Amt erhoffte: dass es für mich einen weiterbildenden Charakter hat. Also eine Herausforderung, bei der ich etwas lerne und daran wachse.